
OLDENBURGER STEUERRECHTS INSTITUT

Vorbereitungslehrgang
auf den schriftlichen Teil der

Steuerberaterprüfung

Wochenendlehrgang

in Kooperation mit dem Steuerberaterverband
Niedersachsen/Sachsen-Anhalt e.V.

Lehrgang in Oldenburg
vom September 2011 bis September 2012

Inhaltsverzeichnis

Beschreibung über die Durchführung des Lehrgangs	6 - 7
Das Dozententeam	8
Zulassungsvoraussetzungen	9
Teilnahmebedingungen	10
Lehrstoffplan: Abgabenordnung	11 - 12
Lehrstoffplan: Bewertungsrecht	13
Lehrstoffplan: Gesellschaftsrecht	14
Lehrstoffplan: Bilanzsteuerrecht	15 - 17
Lehrstoffplan: Erbschaftsteuer	18 - 19
Lehrstoffplan: Einkommensteuer	20 - 21
Lehrstoffplan: Gewerbesteuer	22
Lehrstoffplan: Körperschaftsteuer	23 - 24
Lehrstoffplan: Internationales Steuerrecht	25
Lehrstoffplan: Umsatzsteuer	26 - 28
Lehrstoffplan: Umwandlungsrecht	29
Lehrstoffplan: Umwandlungssteuerrecht	30
Notizen	31
Anmeldeformular	32
Anfahrtskizze.....	33

Vielen Dank für Ihr Interesse an unserem Institut. Sie möchten Steuerberater/in werden! Wir freuen uns, Ihnen in Oldenburg neben unserem Fortbildungslehrgang zum/r Steuerfachwirt/in auch unseren praxisorientierten und kompletten

Steuerberater - Vorbereitungslehrgang

vom September 2011 bis September 2012

als Wochenendlehrgang in Kooperation mit dem Steuerberaterverband Niedersachsen Sachsen-Anhalt e.V. anbieten zu können.

Darum hat sich unsere Lehrgangsform bewährt:

Die Vorbereitung auf das Steuerberaterexamen muß sorgfältig geplant werden. Wir sind davon überzeugt, dass unser Lehrgangsangebot optimal durchdacht ist. Drei- oder Viermonatslehrgänge haben den Nachteil, dass sich die Teilnehmer/Innen von der Fülle des Stoffes und der mangelnden Möglichkeit zur Nachbereitung häufig überfordert fühlen. Zu lange Lehrgänge unterliegen hingegen der Gefahr des schleichenden Motivationschwundes. Der von uns entwickelte Kurs vermeidet einerseits Streß von Kursen und verhindert andererseits die Demotivation überlanger Lehrgänge.

Unsere Kurstermine finden durchgängig **freitags von 16:00 – 19:15 Uhr und samstags von 9:00 – 16:30 Uhr** mit Ausnahme der Ferienwochen statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unseres Lehrgangs bleiben also in ihrem Beruf (mit Ausnahme der Klausurentage) und können das Erlernete sinnvoll in der Praxis anwenden.

Unser **umfangreiches Skriptmaterial** erhöht den Lerneffekt im **Nahunterricht**, weil jede/r Teilnehmer/in nicht permanent mitschreiben muß, sondern sich ganz auf den Vortrag konzentrieren kann. Jede/r Teilnehmer/in soll sich in ruhiger und konzentrierter Verfassung das Wissen aneignen können und so das bestmögliche Resultat erzielen. Zusätzlich haben wir eine Lern-Pause in der Zeit vom 18.07. bis zum 08.08.2010 eingerichtet. In dieser Zeit besteht für jeden Teilnehmer die Möglichkeit, das angeeignete Wissen zu intensivieren und sich somit noch besser auf die Prüfung vorzubereiten.

Flexibles Reagieren auf Änderungen der inhaltlichen, organisatorischen und pädagogischen Rahmenbedingungen des Kurses ist ebenfalls eine Selbstverständlichkeit. Die ständige Überarbeitung und Überprüfung des gesamten Skriptenmaterials durch unsere Fachdozenten, die sich ausschließlich mit Steuerrechtsfragen beschäftigen, garantiert, dass Gesetzesänderungen und BFH-, bzw. FG-Urteile jeweils aktuell vermittelt werden.

Trotz der umfangreichen Skripte der Dozenten müssen Sie sich folgende Literatur besorgen; und zwar vom Beck-Verlag die Deutschen Gesetze, die Steuergesetze, die Steuerrichtlinien und die Steuererlasse. Diese Ausgaben dürfen Sie mit zur Steuerberaterprüfung nehmen. Sie dürfen in diesen Ausgaben Unterstreichungen und Markierungen vornehmen; alle weiteren Eintragungen führen zum Prüfungsausschluß. Zudem empfehlen wir zur Fortbildung die Zeitschrift „Steuer und Studium,“ (vom NWB-Verlag zu abonnieren).

Bitte melden Sie sich möglichst frühzeitig an, da die Anmeldungen in der zeitlichen Reihenfolge der Anmeldungseingänge berücksichtigt werden. Bei einer Überbelegung werden Sie für den nächsten Lehrgang unverbindlich auf eine Warteliste gesetzt.

So werden unsere Lehrgänge durchgeführt

Der Unterricht findet in der **Weser Ems Halle** Oldenburg, Europaplatz 12 statt.

Die Einteilung der Unterrichtseinheiten erfolgt so, dass in jeweils 5 aufeinander folgenden Unterrichtsstunden ein Stoffgebiet bearbeitet wird. Es werden von Beginn an alle Steuergebiete behandelt. So können bei jedem Teilnehmer Grundlagen in allen Gebieten gelegt werden, auf die im Verlauf des Kurses aufgebaut wird. So sind von Anfang an Querverweise zwischen allen Steuerarten möglich. Durch das Einflechten von Übungsfällen in die Vorträge wird dem/r Teilnehmer/in gezeigt, wie die Lösungen praktisch in einer Klausur umzusetzen sind. Beispielsfälle mit den dazugehörigen Lösungen sind ebenfalls Bestandteil des Skriptmaterials.

Gleichzeitig sind im Vorbereitungslehrgang 15 Klausurentage integriert. Diese Klausuren simulieren jeweils inhaltlich den Ablauf des Examens für die Fachgebiete. Die Klausuren werden bewertet, Lösungshinweise verteilt und zudem mit den Dozenten besprochen.

Unser erfahrenes Dozententeam kommt zum überwiegenden Teil von den Steuerfachakademien, den Ausbildungszentren der Finanzverwaltung; es unterrichten auch Juristen und Steuerberater.

Um sich einen Eindruck von unserer Leistung zu verschaffen, können Sie (nach vorheriger Absprache) kostenlos eine Unterrichtseinheit besuchen.

Wiederholung der Prüfung

Wenn ein Teilnehmer die Prüfung wiederholt, bekommt er unabhängig davon bei welchem Anbieter er sich vorbereitet hat, eine Ermäßigung von 10 %. Teilnehmer, die bereits bei oSi den Vorbereitungslehrgang besucht haben, bekommen eine Ermäßigung von 30 %.

Abschließend nochmals die wichtigsten Punkte über die wesentlichen Vorteile unseres Kurses:

hochqualifiziertes, bewährtes Dozenten-Team

keine „Massenveranstaltung„ – max. 40 Teilnehmer

umfassendes Kurs-Kompodium allerneuesten Standes

integrierter Klausuren-Kurs mit 15 Klausuren auf Prüfungsniveau

pädagogisch durchdachtes Konzept mit prüfungsorientierten Fallgestaltungen

gute Verkehrsanbindung

sämtliche Kursleistungen zu einer Gebühr von 5.200,00 €

*** Bei Anmeldungen bis zum 31.12.2010 gewähren wir einen Frühbucherrabatt in Höhe von 5% der Kursgebühr.**

Kostenlose Teilnahme an Steuerrechtslehrgängen des Steuerberaterverbandes Niedersachsen/Sachsen-Anhalt während der gesamten Kursdauer

Unser Dozententeam

Dipl. Finanzwirt (FH) Carsten Angermann

(Gastdozent Steuerakademie Niedersachsen / Umsatzsteuer)

Dipl. Finanzwirtin (FH) Sandra Barthold

(Gastdozentin Steuerakademie Niedersachsen / Einkommensteuer / Bilanzsteuerrecht)

Dr. Wolfgang Bohlen

(Rhetoriktraining)

Dipl. Finanzwirtin (FH) Kerstin Dethlof

(Gastdozent Steuerakademie Niedersachsen / Erbschaftssteuer / Bewertungsgesetz)

Dipl. Finanzwirt (FH) Matthias Egbers

(Groß- und Konzernbetriebsprüfer / BGB / HGB / Gesellschaftsrecht / KLR / Bilanzanalyse)

Dipl. Finanzwirt (FH) Steuerberater Heinz Flüge

(Dozent Steuerakademie Niedersachsen u. StB.-Verband / Umsatzsteuer)

Dipl. Finanzwirt (FH) Hans-Jürgen Garber

(Gastdozent Steuerakademie Niedersachsen / Körperschaftsteuer)

Dipl.-Finanzwirt (FH) Peter Harder

(Gastdozent Steuerakademie Niedersachsen / AO/FGO/StStrR)

Steuerberater / Rechtsbeistand Werner Höndorf

(Leiter des Oldenburger Steuerrechts Instituts / Berufsrecht)

Dipl. Finanzwirtin (FH) Daniela Ihlo

(Hauptamtliche Dozentin der Steuerakademie Niedersachsen / Einkommensteuer)

Prof. Dr. H.-Michael Korth, Dipl.-Kfm / WP / StB

(Präsident der Steuerberaterverbandes Niedersachsen Sachsen-Anhalt e.V. / Handelsrecht/BilMoG)

Steuerberater / Rechtsanwalt Michael Kranz

(Bilanzsteuerrecht)

Dipl. Finanzwirt (FH) Frank Krawczyk

(Gastdozent Steuerakademie Niedersachsen / Bilanzsteuerrecht)

Steuerberater Christian Kruse

(Umsatzsteuer)

Dipl.-Finanzwirt (FH) Heiko Kuhrke

(GroßBp Oldenburg / Gastdozent Steuerakademie Niedersachsen / Bilanzsteuerrecht)

Dipl. Finanzwirt (FH) Steuerberater Thomas Maack

(Dozent Steuerberaterverband Niedersachsen Sachsen-Anhalt e.V. / Umwandlungsrecht / Umwandlungssteuerrecht)

Dipl. Finanzwirt (FH) Stefan Nordbruch

(Hauptamtlicher Dozent der Steuerakademie Niedersachsen u. StB.-Verband / Einkommensteuer)

Dipl. Finanzwirt (FH) Sascha Nothold

(Hauptamtlich Fortbildender zur Durchführung dezentraler Schulungen der nds. Finanzämter / Einkommensteuer)

Dipl.-Finanzwirt (FH) Peter Onken

(GroßBp Oldenburg, Ausbilder für Betriebsprüfer / Einkommensteuer)

Dipl. Finanzwirt (FH) Wolfgang Reinefeld

(Gastdozent Steuerakademie Niedersachsen / Bilanzsteuerrecht / Umsatzsteuer)

Dipl. Finanzwirt (FH) Harald Rieß

(Gastdozent Steuerakademie Niedersachsen u. StB.-Verband / Studiendekan)

Dipl. Finanzwirt (FH) Josef Sander

(Gastdozent Steuerakademie Niedersachsen/ KöSt, Gesellschaftsrecht, Handelsrecht, USt)

Rechtsanwalt Randolf Schmidt

(BGB / Arbeits- und Sozialversicherungsrecht / Insolvenzrecht)

Dipl.-Wirtschaftsjurist (FH) Steuerberater Andreas Schmitz

(Erbschaftsteuer)

Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung

Selbstverständlich müssen Sie vorab Ihre Zulassungsvoraussetzungen gemäß § 36 StbG geprüft haben. Bitte beachten Sie, dass sich mit dem „Achten Steuerberater – Änderungsgesetz“ die Zuständigkeit für die Prüfung ändert. Ab 2009 sind nicht mehr die Landesfinanzministerien, sondern die Steuerberaterkammern für die Zulassung und Organisation der Prüfung zuständig! Die Zulassung ist in Niedersachsen bis zum 30.04. (es gelten unterschiedliche Fristen) bei der Steuerberaterkammer zu beantragen, in deren Kammerbezirk der Bewerber beruflich tätig ist bzw. wohnt, wenn er keine berufliche Tätigkeit ausübt.

§ 36 StBerG

(1) Die Zulassung zur Steuerberaterprüfung setzt voraus, dass der Bewerber

1. ein wirtschaftswissenschaftliches oder rechtswissenschaftliches Hochschulstudium oder ein anderes Hochschulstudium mit wirtschaftswissenschaftlicher Fachrichtung erfolgreich abgeschlossen hat

und

2. danach praktisch tätig gewesen ist.

Die praktische Tätigkeit muss über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren ausgeübt worden sein, wenn die Regelstudienzeit des Hochschulstudiums nach Satz 1 Nr. 1 weniger als vier Jahre beträgt, sonst über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren. Wurde in einem Hochschulstudium nach Satz 1 Nr. 1 ein erster berufsqualifizierender Abschluss und in einem, einen solchen ersten Abschluss voraussetzenden, weiteren Hochschulstudium nach Satz 1 Nr. 1 ein weiterer berufsqualifizierender erworben, werden die Regelstudienzeiten beider Studiengänge zusammengerechnet; Zeiten der praktischen Tätigkeit werden berücksichtigt, soweit sie nach dem Erwerb des ersten berufsqualifizierenden Abschlusses liegen.

(2) Ein Bewerber ist zur Steuerberaterprüfung auch zugelassen, wenn er

1. eine Abschlussprüfung in einem kaufmännischen Ausbildungsberuf bestanden hat oder eine andere gleichwertige Vorbildung besitzt und nach Abschluss der Ausbildung zehn Jahre oder im Falle der erfolgreich abgelegten Prüfung zum geprüften Bilanzbuchhalter oder Steuerfachwirt sieben Jahre praktisch tätig gewesen ist

oder

2. der Finanzverwaltung als Beamter des gehobenen Dienstes oder als vergleichbarer Angestellter angehört oder angehört hat und bei ihr mindestens sieben Jahre als Sachbearbeiter oder in mindestens gleichwertiger Stellung praktisch tätig gewesen ist.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 geforderte praktische Tätigkeit muss sich in einem Umfang von mindestens 16 Wochenstunden auf das Gebiet der von den Bundes- oder Landesfinanzbehörden verwalteten Steuern erstrecken.

(4) Nachweise über das Vorliegen der in den Absätzen 1 bis 3 genannten Voraussetzungen sind nach Maßgabe der Bestimmungen des amtlichen Vordrucks zu erbringen, der gemäß § 158 Nr. 1 Buchstabe a eingeführt worden ist. Der Bewerber hat diese Unterlagen seinem Antrag auf Zulassung zur Prüfung beizufügen.

Teilnahmebedingungen

1. Anmeldung und Durchführung der Lehrgänge

Anmeldungen werden in der zeitlichen Reihenfolge berücksichtigt. Die Teilnehmerzahl in den Lehrgängen ist begrenzt. Bei Nichtzustandekommen eines Lehrganges bestehen keinerlei Schadenersatzansprüche. Der Veranstalter behält sich vor, im Einzelfall erforderlich werdende Änderungen des Unterrichtsplanes vorzunehmen. Er ist bemüht den wegen Krankheit oder sonstiger Verhinderung eines Dozenten ausfallenden Unterricht nachzuholen. Ein Rechtsanspruch besteht nicht. Schadenersatzansprüche bzw. Gebührenerstattungsansprüche des Teilnehmers sind ausgeschlossen, es sei denn, dass der Unterrichtsausfall auf vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verhalten eines Dozenten beruht.

2. Honorarzahlung

Das Honorar ist gemäß der Ausschreibung der einzelnen Lehrgänge fällig. Ratenzahlungen werden gem. Anmeldung gewährt. Zahlungsort ist Oldenburg.

3. Kündigung

Stornierungen müssen bis spätestens vier Wochen vor Lehrgangsbeginn vorgenommen werden. Bei späteren Absagen vor Lehrgangsbeginn werden 30 % der Lehrgangsgebühr in Rechnung gestellt, nach Lehrgangsbeginn wird die volle Gebühr berechnet; es sei denn, es wird ein Ersatzteilnehmer benannt. In diesem Fall werden ausschließlich angefallene Verwaltungsgebühren berechnet. Die Anmeldekosten werden in keinem Fall erstattet.

4. Haftung

Eine Haftung für Garderobe, Lehrmittel und sonstige Gegenstände kann nicht übernommen werden. Der Veranstalter haftet nicht für Schäden, die dem Teilnehmer aus Anlaß des Besuches des jeweiligen Lehrganges entstehen.

5. Lehrgangsunterlagen

Die Lehrgangsunterlagen oder Teile daraus dürfen ohne Genehmigung des Veranstalters weder vervielfältigt, noch nachgedruckt, noch an Dritte weitergegeben werden. Die Teilnehmer verpflichten sich, den Urheberrechtsschutz der im Lehrgang verwendeten Unterlagen zu beachten und keine unerlaubten Kopien anzufertigen.

6. Lehrgangsordnung

Im Interesse des Lehrgangserfolges verpflichtet sich der einzelne Teilnehmer zu ordnungsgemäßem und rücksichtsvollem Verhalten. Bei groben Verstößen ist der Veranstalter berechtigt, den Lehrgangsteilnehmer nach vorheriger Abmahnung vom weiteren Unterricht auszuschließen. In diesem Fall wird die Lehrgangsgebühr nicht zurückerstattet. Außerdem ist der Veranstalter berechtigt, aus fachlichen, pädagogischen oder organisatorischen Gründen den Lehrgangsablauf zu ändern. Die Regelungen bezüglich der Parkplätze, Räume usw. sind zu beachten und den diesbezüglichen Anweisungen ist Folge zu leisten.

7. Teilnahmebescheinigung

Am Ende des Lehrgangs kann eine Teilnehmerbescheinigung kostenlos angefordert werden.

Lehrstoffplan Abgabenordnung

- 1 Allgemeine Einführung in die Grundlagen des Verfahrensrechtes**
 - 1.1 Allgemeine Begriffsbestimmungen zur Rechtsanwendung
 - 1.2 Steuerschuldrecht
 - 1.3 Ermittlungs- und Mitwirkungspflichten
 - 1.4 Fristen, Termine, Wiedereinsetzung
- 2 Der steuerliche Verwaltungsakt (VA)**
 - 2.1 Begriff des VA
 - 2.2 Form des VA
 - 2.3 Nichtigkeit
 - 2.4 Inhalt VA
 - 2.5 Muss- und Sollvoraussetzungen
 - 2.6 Nebenbestimmungen
 - 2.7 Arten von VA
 - 2.8 Steuerbescheide und denen gleichgestellte VA
 - 2.9 Sonstige VA
- 3 Bekanntgabe von VA**
 - 3.1 Begriff
 - 3.2 Inhaltsadressat, Bekanntgabeadressat, Empfänger
 - 3.3 Voraussetzungen einer wirksamen Bekanntgabe
 - 3.4 Fehlerfolgen
 - 3.5 Formen der Bekanntgabe
 - 3.6 Zeitpunkt der Bekanntgabe
- 4 Korrektur von VA**
 - 4.1 Überblick über das Korrekturverfahren und die gesetzlichen Bestimmungen
 - 4.2 Rechtswidrigkeit/Rechtmäßigkeit
 - 4.3 Offenbare Unrichtigkeiten (§ 129 AO)
 - 4.4 Korrektur sonstiger VA (§§ 130, 131 AO)
- 5 Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden**
 - 5.1 § 164 AO
 - 5.2 § 165 AO
 - 5.3 § 172 (1) S. 1 Nr. 2a AO
 - 5.4 § 172 (1) S. 1 Nr. 2b – c AO
 - 5.5 § 173 AO
 - 5.6 § 174 AO
 - 5.7 § 175 (1) S. 1 Nr. 1 AO
 - 5.8 § 175 (1) S. 1 Nr. 2 AO
 - 5.9 § 176 und 177 AO
- 6 Verjährung im Steuerrecht**
 - 6.1 Festsetzungsverjährung
 - 6.1.1 Beginn und Anlaufhemmungen
 - 6.1.2 Dauer
 - 6.1.3 Ende und Ablaufhemmungen
 - 6.1.4 Feststellungsfrist
 - 6.2 Zahlungsverjährung
 - 6.2.1 Beginn und Anlaufhemmungen
 - 6.2.2 Dauer und Unterbrechungen
 - 6.2.3 Ende und Ablaufhemmungen

7. Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren

- 7.1 Allgemeines
- 7.2 Zuständigkeit
- 7.3 Zulässigkeit
- 7.4 Begründetheit
- 7.5 Verfahrensgrundsätze
 - 7.5.1 Anwendung der allgemeinen Verfahrensvorschriften
 - 7.5.2 Korrektur des angefochtenen VA
 - 7.5.3 Hinzuziehung
 - 7.5.4 Stillstand des Verfahrens
 - 7.5.5 Erörterung des Sach- und Rechtsstandes
 - 7.5.6 Ausschlussfrist
 - 7.5.7 Erledigung
- 7.6 Aussetzung der Vollziehung

8. Gerichtliches Rechtsbehelfsverfahren

- 8.1 Allgemeines
- 8.2 Das finanzgerichtliche Klageverfahren
 - 8.2.1 Aufbau des Finanzgerichts
 - 8.2.2 Zulässigkeitsvoraussetzungen
 - 8.2.3 Vorläufiger Rechtsschutz
 - 8.2.4 Der Ablauf des Verfahrens
 - 8.2.5 Möglichkeiten der Beendigung des Klageverfahrens
 - 8.2.6 Die Kosten des Verfahrens
- 8.3 Das Verfahren vor dem Bundesfinanzhof
 - 8.3.1 Allgemeines
 - 8.3.2 Gründe für die Zulassung der Revision
 - 8.3.3 Nichtzulassungsbeschwerde
 - 8.3.4 Revision

9. Haftung im Steuerrecht

- 9.1 § 69 AO
- 9.2 § 75 AO
- 9.3 Inanspruchnahme des Haftungsschuldners

10. Steuerstrafrecht

- 10.1 Steuerstraftaten
- 10.2 Steuerordnungswidrigkeiten
- 10.3 Selbstanzeige
- 10.4 Formen der Täterschaft
- 10.5 Verfolgungsverjährung
- 10.6 Verfahren
- 10.7 Steuerfahndung

Lehrstoffplan Bewertungsrecht

- 1 Allgemeine Bewertungsregeln**
 - 1.1 Gliederung und Geltungsbereiche des BewG
 - 1.2 Der Bewertungsgegenstand
 - 1.3 Einheitswert
 - 1.4 Übungsfälle
 - 1.5 Lösungshinweise

- 2 Bewertungsgrundsätze**
 - 2.1 Grundsatz der Bewertung im Ganzen (§ 2 Abs. 1 BewG)
 - 2.2 Einzelbewertung
 - 2.3 Wertermittlung bei mehreren Beteiligten
 - 2.4 Der Bewertungsstichtag (bei der Ermittlung des Wertes eines Vermögens)
 - 2.5 Schwebende Rechtsfolgen
 - 2.6 Bewertungsmaßstäbe
 - 2.7 Übungsfälle
 - 2.8 Lösungshinweise

- 3 Bedarfsbewertung für Zwecke der ErbSt / §§ 151 ff. BewG**
 - 3.1 Allgemeines
 - 3.2 Unbebaute Grundstücke
 - 3.3 Inländische bebaute Grundstücke
 - 3.4 Erbbaurecht - § 148 Abs. 1 BewG, R 181 ff. ErbStR
 - 3.5 Gebäude auf fremden Grund und Boden - § 148 Abs. 2 BewG, R 185 + 186 ErbStR
 - 3.6 Grundstücke im Zustand der Bebauung - § 149 BewG, R 187 bis 191 ErbStR
 - 3.7 Bewertung von ausländischem Grundbesitz

- 4 Wert des Betriebsvermögens und nicht notierter Anteile an Kapitalgesellschaften für Zwecke der ErbSt**
 - 4.1 Begriff
 - 4.2 Umfang der wirtschaftlichen Einheit
 - 4.3 Bewertung
 - 4.4 Übungsfälle

Lehrstoffplan Gesellschaftsrecht

1 Allgemeine Darstellung des Gesellschaftsrechts und Einordnung ins Rechtssystem

2 Personengesellschaften

- 2.1 Rechtsformen (GbR, OHG, KG)
- 2.2 Gründung
- 2.3 Rechtsfähigkeit, Gesellschaftsvermögen
- 2.4 Geschäftsführung, Vertretung
- 2.5 Haftung
- 2.6 Auflösung, Beendigung
- 2.7 Sonderprobleme

3 Körperschaften

- 3.1 Rechtsformen (GmbH, AG)
- 3.2 Gründung
- 3.3 Rechtsfähigkeit, Gesellschaftsvermögen
- 3.4 Geschäftsführung, Vertretung
- 3.5 Haftung
- 3.6 Auflösung, Beendigung
- 3.7 Sonderprobleme

4 Mischformen

Lehrstoffplan Bilanzsteuerrecht

I Buchführung

- 1 Übersicht über das betriebliche Rechnungswesen
- 2 Gewinnbegriff
- 3 Buchführungspflicht nach Handels- und Steuerrecht
- 4 Anforderungen an die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung
- 5 Mängel der Buchführung und ihre Folgen

II Jahresabschluss

- 1 Grundsätze der Bilanzierung
 - 1.1 Grundsätzliches
 - 1.2 Maßgeblichkeitsgrundsatz
 - 1.3 Inhalt der Bilanz
 - 1.4 Wertaufhellungstheorie
 - 1.5 Bilanzierungspflichtiger
- 2 Umfang des Betriebsvermögens
 - 2.1 Begriff des Wirtschaftsgutes (= Vermögensgegenstand)
 - 2.2 Betriebsvermögen bei Wirtschaftsgütern, die keine Grundstücke sind
 - 2.3 Grundstücke und Grundstücksteile
 - 2.4 Betriebsvermögen bei Grundstücken / Grundstücksteilen
 - 2.5 Mietereinbauten und Mieterumbauten
 - 2.6 Verbindlichkeiten als Betriebsvermögen
- 3 Bewertungsmaßstäbe
 - 3.1 Anschaffungskosten
 - 3.2 Herstellungskosten
 - 3.3 Teilwert
- 4 Mietkauf/Leasing
 - 4.1 Mietkauf
 - 4.2 Leasing
- 5 Entnahmen und Einlagen
 - 5.1 Allgemeines
 - 5.2 Entnahmen
 - 5.3 Einlagen
- 6 Bewertung von einzelnen Bilanzansätzen
 - 6.1 Die Bewertung einzelner Wirtschaftsgüter und Vorgänge
 - 6.2 Bewertung des Umlaufvermögens
 - 6.3 Pauschalwertberichtigung
 - 6.4 Bewertungsmethoden
 - 6.5 Bewertung von Verbindlichkeiten
- 7 Abschreibungen und Besonderheiten
 - 7.1 Abschreibungsarten
 - 7.2 Besonderheiten bei beweglichen Wirtschaftsgütern
 - 7.3 Besonderheiten bei Gebäuden und Gebäudeteilen
 - 7.4 Geringwertige Wirtschaftsgüter und Sammelposten
 - 7.5 Sonderabschreibungen und erhöhte Absetzungen
 - 7.6 Zuschreibung/Wertbeibehaltung
 - 7.7 Abschreibung immaterieller Wirtschaftsgüter

-
- 8 Rückstellungen
 - 8.1 Begriff
 - 8.2 Abgrenzung zu anderen Passivposten
 - 8.3 Grundsätze für die Bildung von Rückstellungen
 - 8.4 Bildung in der Handelsbilanz
 - 8.5 Bildung von Rückstellungen in der Steuerbilanz
 - 8.6 Bewertung von Rückstellungen
 - 8.7 Auflösung von Rückstellungen
 - 8.8 Einzelne Rückstellungen

 - 9 Rücklagen / Sonderposten mit Rücklageanteil
 - 9.1 Begriff
 - 9.2 Abgrenzung Rücklagen/Rückstellungen
 - 9.3 Sonderposten mit Rücklageanteil in der Handelsbilanz
 - 9.4 Einzelne steuerfreie Rücklagen

 - 10 Rechnungsabgrenzungsposten
 - 10.1 Begriff
 - 10.2 Voraussetzungen

 - 11 Personengesellschaften
 - 11.1 Begriff und Erscheinungsformen
 - 11.2 Mitunternehmerschaft
 - 11.3 Betriebsvermögen der Mitunternehmerschaft
 - 11.4 Gewinnermittlung bei Personengesellschaften
 - 11.5 Gründung von Personengesellschaften
 - 11.6 Einbringungen i.S.d. § 24 UmwStG - Kurzüberblick
 - 11.7 Veräußerung eines Mitunternehmeranteils an einen Dritten
 - 11.8 Ausscheiden eines Gesellschafters aus einer Personengesellschaft
 - 11.9 Beendigung einer Personengesellschaft
 - 11.10 GmbH & Co. KG

 - 12 Abschluß bei Kapitalgesellschaften
 - 12.1 Allgemeines
 - 12.2 Gliederungsvorschrift für die Bilanz
 - 12.3 Erleichterungen für kleine Kapitalgesellschaften
 - 12.4 Die Kapitalkonten
 - 12.5 Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung
 - 12.6 Der Anhang
 - 12.7 Personensteuern
 - 12.8 Kosten für die Ingangsetzung und die Erweiterung des Betriebes
 - 12.9 Latente Steuern

III Außenprüfung

- 1 Rechtsgrundlagen
- 2 Außenprüfung aufgrund Prüfungsanordnung
- 3 Pflichten und Rechte des Steuerpflichtigen bei einer Außenprüfung

- 4 Auszug aus der Abgabenordnung
- 5 Auszug aus der BpO

IV Bilanzkorrekturen / Mehr-Weniger-Rechnung

- 1 Bilanzberichtigung / Bilanzänderung
 - 1.1 Bilanzberichtigung
 - 1.2 Durchbrechung des Bilanzzusammenhangs
 - 1.3 Bilanzänderung
- 2 Mehr-Weniger-Rechnung
 - Berichtigung der steuerlichen Eröffnungsbilanz und deren Auswirkungen auf den Gewinn
 - Berichtigung der steuerlichen Schlußbilanz und deren Auswirkungen auf den Gewinn
 - Zweischneidigkeit der Bilanz
 - Zusammenfassung
 - Hinweise zur Technik der Mehr-Weniger-Rechnung
- 3 Übungen

Lehrstoffplan Erbschaftsteuer

I. Überblick über die Grundbegriffe des Erbrechts

1. Einleitung
2. Erben
3. Gesetzliche Erbfolge (§§ 1924 bis 1936 BGB)
4. Gewillkürte Erbfolge
5. Pflichtteilsrecht
6. Erbverzicht
7. Annahme / Ausschlagung der Erbschaft
8. Erbenhaftung

II. Überblick über das Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht

1. Allgemeines

2. Persönliche Steuerpflicht

- 2.1 Steuerpflichtiger
- 2.2 Arten der Steuerpflicht
- 2.3 Unbeschränkte Steuerpflicht
- 2.4 Beschränkte Steuerpflicht
- 2.5 Erweiterte beschränkte Steuerpflicht

3. Erwerb von Todes wegen

- 3.1 Übersicht über die Erwerbe von Todes wegen
- 3.2 Die verschiedenen Erwerbe von Todes wegen

4. Schenkung

- 4.1 Grundtatbestand
- 4.2 Anzuwendende Vorschriften
- 4.3 Gemischte Schenkungen sowie Schenkungen unter Auflage – R 17 EStR
- 4.4 Weitere Zuwendungen im Zusammenhang mit Schenkungen

5. Entstehung der Steuer

- 5.1 Allgemeines
- 5.2 Erwerb von Todes wegen
- 5.3 Schenkungen

6. Wertermittlung

- 6.1 Bewertungsstichtag
- 6.2 Steuerlicher Erwerb
- 6.3 Bewertung des Erwerbs
- 6.4 Zusammenfassung – anzuwendende Bewertungsvorschriften

7. Sachliche Steuerbefreiungen

- 7.1 Sachliche Steuerbefreiungen - § 13 ErbStG
- 7.2 Begünstigung von Produktivvermögen - §§ 13 a u. 13 b ErbStG

8. Steuerberechnung - §§ 14 bis 19 a ErbStG

- 8.1 Berücksichtigung früherer Erwerbe - § 14 ErbStG
- 8.2 Steuerklassen - § 15 ErbStG
- 8.3 Persönliche Steuerbefreiungen - §§ 16, 17 ErbStG
- 8.4 Steuersätze - § 19 ErbStG
- 8.5 Härteausgleich - § 19 Abs. 3 ErbStG
- 8.6 Besonderer Entlastungsbetrag nach § 19 a ErbStG

9. Steuerfestsetzung und Erhebung

- 9.1 Steuerschuldner und Steuerhaftung - § 20 ErbStG
- 9.2 Anrechnung ausländischer Erbschaftsteuer - § 21 ErbStG
- 9.3 Anzeigepflichten - §§ 30,33 und 34 ErbStG
- 9.4 Steuererklärung - § 31 ErbStG
- 9.5 Zuständigkeit - § 35 ErbStG
- 9.6 Steuerfestsetzung und Erhebung - § 155 AO
- 9.7 Kleinbetragsgrenze - § 22 ErbStG
- 9.8 Fälligkeit der Erbschaftsteuer
- 9.9 Besteuerung von Renten, Nutzungen und Leistungen - § 23 ErbStG (Erwerber)
- 9.10 Steuerermäßigungen und Steuerstundung - § 28 ErbStG
- 9.11 Aufhebung oder Änderung von Erbschaftsteuerbescheiden

10. Sonderfragen

- 10.1 Mehrfacher Erwerb desselben Vermögens - § 27 ErbStG
- 10.2 Zugewinngemeinschaft - § 5 ErbStG
- 10.3 Vor- und Nacherbschaft - § 2100 BGB
- 10.4 Anwendungszeitpunkt - § 37 ErbStG

Lehrstoffplan Einkommensteuer

- 1 Steuerpflicht**
 - 1.1 Unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht
 - 1.2 Sachliche Steuerpflicht (Liebhaberei, Preise, einmalige Zuflüsse)
 - 1.3 Steuerfreie Entnahmen gem. §§ 3, 3 b EStG, Übersicht
 - 1.4 Bemessungs-, Ermittlungs- und Veranlagungszeitraum

- 2 Einnahmen und Ausgaben im weiteren Umfeld des § 12 EStG**
 - 2.1 Sachbezüge
 - 2.2 Abgrenzung abzugsfähiger Aufwendungen zu § 12 EStG
 - 2.3 nicht abzugsfähige Betriebsausgaben

- 3 Veranlagungsarten, Tarifvorschriften**
 - 3.1 Einzel- und Ehegattenveranlagungen
 - 3.2 Splitting- und Grundtabelle, Progressionsvorbehalt
 - 3.3 Altersentlastungsbetrag, Familienleistungsausgleich
 - 3.4 Außergewöhnliche Belastungen

- 4 Zu- und Abflussprinzip**

(Anwendungsbereich des § 11 EStG , Zufluss von Einnahmen und Abfluss von Ausgaben, regelmäßig wiederkehrende Einnahmen und Ausgaben)

- 5 Überschusseinkunftsarten**
 - 5.1 Kapitalvermögen
Steuerpflichtige Tatbestände, Abgeltungsteuer, Teileinkünfte-Verfahren, Optionsmöglichkeiten
 - 5.2 Vermietung und Verpachtung
(Einnahmen, Herstellungs- und Erhaltungsaufwand, anschaffungsnahe Aufwendungen, AfA; Nießbrauch, Zuschüsse)
Exkurs: Nießbrauch bei den Einkünften aus Kapitalvermögen
Exkurs: Gewerblicher Grundstückshandel
 - 5.3 Sonstige Einkünfte (ohne private Veräußerungsgeschäfte)

- 6 Gewinneinkunftsarten**
 - 6.1 Selbständige Arbeit, Abgrenzung zum Gewinn aus Gewerbebetrieb
 - 6.2 Land- und Forstwirtschaft (Überblick), abweichendes Wirtschaftsjahr
 - 6.3 Mitunternehmerschaft
(Voraussetzungen, Betriebsvermögen, „Umfärbung“ in gewerbliche Einkünfte, Verträge zwischen nahen Angehörigen, Familiengesellschaften, Gesellschafterwechsel)
 - 6.4 Betriebsveräußerung und –aufgabe (§§ 14, 16, 18 Abs. 3, 34 EStG)
(Veräußerung, Aufgabe, Gewinnberechnung; Veräußerung u. Aufgabe eines Mitunternehmeranteils, einer freiberuflichen Praxis, eines Teilbetriebes, einer hundertprozentigen Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft; Betriebsverpachtung im Ganzen)

- 7 Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG**

(Berechtigte, Grundsatz des selben Totalgewinns, Besonderheiten, Wechsel der Gewinnermittlungsart)

-
- 8 **Verluste nach § 15 a EStG bei beschränkter Haftung**
(Die vier Grundfälle, andere Haftungstatbestände, Ausscheiden eines Kommanditisten mit verrechenbaren Verlusten, Hinweis auf § 15b EStG)
- 9 **Wiederkehrende Bezüge**
(Abgrenzung zu Kaufpreistraten, private und betriebliche wiederkehrende Bezüge, Versorgungs- und Unterhaltsfälle, Besonderheiten)
- 10 **Betriebsaufspaltung**
(Voraussetzungen, Ehegatten und minderjährige Kinder, Begründung und Beendigung, Besonderheiten)
- 11 **Veräußerung wesentlicher Beteiligungen (§ 17 EStG)**
(Nachträgliche Anschaffungskosten, Veräußerungsgewinn und –verlust, Auflösung einer Kapitalgesellschaft, Kapitalherabsetzung, Besteuerung nach § 6 AStG)
- 12 **Private Veräußerungsgeschäfte**
(Subsidiarität des § 23 EStG, Anschaffung, Herstellung, Veräußerung, Fristen, Ermittlung des Gewinns oder Verlustes, beschränkter Verlustausgleich)
- 13 **Überblick: Sonderausgaben / Außergewöhnliche Belastungen**
(Vorsorgeaufwendungen, Sonstige SA, Höchstbetragsberechnungen, allgemeine und besondere außergewöhnliche Belastungen)
- 14 **Vorweggenommene Erbfolge, Erbfall, Erbauseinandersetzung**
- 14.1 Vorweggenommene Erbfolge
(Übertragung von Privat- und Betriebsvermögen, Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen, Besonderheiten)
- 14.2 Erbfall, Erbauseinandersetzung
(Zurechnung laufender Einkünfte zwischen Erbfall und Erbauseinandersetzung, Erbauseinandersetzung über Betriebs- und Privatvermögen, über Mischnachsätze, Realteilung mit und ohne Abfindung, Veräußerung eines Erbteils, Ausscheiden eines Miterben, Vermächtnisse und Teilungsanordnungen, Erbfolge bei der Beteiligung an einer Personengesellschaft, Sonstiges)

Lehrstoffplan Gewerbesteuer

- 1 Allgemeines**
 - 1.1 Stellung der Gewerbesteuer im Steuersystem
 - 1.2 Rechtsgrundlagen
 - 1.3 Ertragshoheit
 - 1.4 Verwaltungshoheit
- 2 Steuergegenstand**
 - 2.1 Stehender Gewerbebetrieb
 - 2.1.1 Gewerbebetrieb kraft Betätigung
 - 2.1.2 Gewerbebetrieb kraft Rechtsform
 - 2.1.3 Gewerbebetrieb kraft wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs
 - 2.2 Reisegewerbe
 - 2.3 Betriebsstätte
- 3 Steuerpflicht**
 - 3.1 Beginn und Ende der Steuerpflicht
 - 3.2 Besonderheiten
- 4 Steuerbefreiungen**
- 5 Steuerschuldner**
 - 5.1 Begriff
 - 5.2 Wechsel des Steuerschuldners
- 6 Besteuerungsgrundlagen**
 - 6.1 Gewerbeertrag
 - 6.1.1 Begriff
 - 6.1.2 Hinzurechnungen
 - 6.1.3 Kürzungen
 - 6.1.4 Gewerbeverlust
- 7 Ermittlung des einheitlichen Gewerbesteuermeßbetrags**
 - 7.1 Meßbetrag nach dem Gewerbeertrag
 - 7.2 Festsetzung des Steuermeßbetrages
- 8 Zerlegung**
 - 8.1 Begriff
 - 8.2 Zerlegungsmaßstäbe
- 9 Festsetzung und Erhebung**
 - 9.1 Prüfung und Änderung von Bescheiden
 - 9.2 Entstehung der Steuer und Vorauszahlungen

Literaturhinweise

Lehrstoffplan Körperschaftsteuer

I Allgemeines

II Steuerpflicht

- 1 Unbeschränkte Steuerpflicht
 - 1.1 Allgemeines
 - 1.2 Steuersubjekt
 - 1.3 Sitz, Geschäftsleitung, Inland
 - 1.4 Ausländische Gesellschaften
 - 1.5 Abgrenzung zu den Gesellschaften des bürgerlichen Rechts
 - 1.6 GmbH & Co KG
- 2 Beschränkte Steuerpflicht
- 3 Beginn der Steuerpflicht
 - 3.1 Allgemeines
 - 3.2 Vorgründergesellschaft
 - 3.3 Vorgesellschaft
 - 3.4 Eingetragene GmbH
 - 3.5 Bilanzielle Rechtsfolgen
- 4 Ende der Steuerpflicht
- 5 Steuerbefreiungen

III Sachliche Steuerpflicht

- 1 Grundlagen der Besteuerung
- 2 Ermittlungszeitraum
- 3 Einkommen
 - 3.1 Ermittlung des Einkommens
 - 3.2 Anzuwendende Vorschriften
 - 3.3 Einkunftsarten
 - 3.4 Sondervorschriften des KStG
- 4 Gewinnausschüttungen
 - 4.1 Offene Gewinnausschüttungen (oGA)
 - 4.2 Verdeckte Gewinnausschüttungen (vGA)
 - 4.3 Kapitalausweis in der Bilanz (HB/StB) einer Kapitalgesellschaft
 - 4.4 Fallgestaltungen zur verdeckten Gewinnausschüttung
- 5 Steuerfreie Vermögensmehrungen
 - 5.1 Vermögensmehrungen auf gesellschaftlicher Grundlage
 - 5.2 Steuerfreie Sanierungsgewinne
 - 5.3 Steuerfreie Veräußerungsgewinne
 - 5.4 Ausländische Einkünfte
 - 5.5 Steuerfreie Einkünfte nach dem InvZuL
- 6 Sonderfragen
 - 6.1 Körperschaftsteuerliche Organschaft
 - 6.2 Gesellschafterfremdfinanzierung - § 8a KStG
 - 6.3 Beteiligung an ausländischen Gesellschaften - § 8b KStG
 - 6.4 Liquidation (Auflösung und Abwicklung)
 - 6.5 Kapitalerhöhung und Kapitalherabsetzung

-
- 7 Freibeträge und Tarif
 - 7.1 Freibeträge
 - 7.2 Tarifliche Körperschaftsteuer
 - 7.3 Veranlagung und Entrichtung der Körperschaftsteuer
 - 7.4 Solidaritätszuschlag

Lehrstoffplan Internationales Steuerrecht

I Grundzüge der Doppelbesteuerungsabkommen

- 1 Doppelbesteuerungsabkommen
- 2 Rechtsnatur der Doppelbesteuerungsabkommen
- 3 OECD-Musterabkommen 1992
- 4 Verteilung der Besteuerungsrechte
- 5 beschränkte Steuerpflicht

II Sonderregelungen für ausländische Verluste

- 1 Verlustausgleichsbeschränkung nach § 2a Abs. 1 und 2 EStG
 - I. Schädliche Einkunftsquellen
 - II. Produktivitätsklauseln
 - III. Verlustausgleichsverbot
- 2 Verlustausgleichserweiterung nach § 2a Abs. 3 und 4 EStG
 - I. Voraussetzungen
 - II. Verlustausgleich und Verlustabzug
 - III. Nachversteuerung
- 3 Übersichten

III Grundzüge des Außensteuergesetzes

- 1 Sinn und Zweck des Gesetzes
- 2 Aufbau des Gesetzes
- 3 Internationale Verflechtungen
- 4 Wohnsitzwechsel in niedrigbesteuernde Gebiete
 - I. Erweiterte beschränkte Einkommensteuerpflicht
 - II. Erweiterte beschränkte Vermögensteuerpflicht
 - III. Erweiterte beschränkte Erbschaft- und Schenkungsteuerpflicht
 - IV. Zwischengeschaltete Gesellschaften
- 5 Behandlung wesentlicher Beteiligungen bei Wohnsitzwechsel ins Ausland
- 6 Beteiligung an ausländischen Zwischengesellschaften (Zugriffsbesteuerung)
 - I. Überblick
 - II. Steuerpflicht inländischer Gesellschafter
 - III. Einkünfte von Zwischengesellschaften
 - IV. Freigrenze bei gemischten Einkünften
 - V. Hinzurechnungsbetrag
 - VI. Ausschüttung von Gewinnanteilen
 - VII. Steueranrechnung
 - VIII. Schachteldividenden
 - IX. Nachgeschaltete Zwischengesellschaften
 - X. Feststellung von Besteuerungsgrundlagen
 - XI. Anwendung von Besteuerungsgrundlagen
 - XII. Übersicht zur Zugriffsbesteuerung
- 7/8 Familienstiftungen / Ermittlung und Verfahren

Lehrstoffplan Umsatzsteuer

I Leistungsaustausch

- 1 Begriff und Voraussetzung
- 2 Fehlender Leistungsaustausch
 - 2.1 Erbfall
 - 2.2 Schadenersatz
 - 2.3 Vertragsstrafen
 - 2.4 Gewährleistungsansprüche
 - 2.5 Schenkung
 - 2.6 Zuschüsse
- 3 Geschäftsveräußerung im Ganzen

II Lieferung: § 3 Abs. 1 UStG

- 1 Liefergegenstand
- 2 Verschaffung der Verfügungsmacht
- 3 Ort der Lieferung (Abschnitt 30 UStR)
- 4 Reihengeschäft (allgemeine Darstellung)
- 5 Gehaltslieferung - § 3 Abs. 5 UStG
- 6 Kommissionsgeschäfte - § 3 Abs. 3 UStG
- 7 Ort der Lieferung von Gas und Elektrizität - § 3 g UStG

III Sonstige Leistung - § 3 Abs. 9 UStG

- 1 Begriff der sonstigen Leistung
- 2 Ort der sonstigen Leistung

IV Werklieferung/Werkleistung - § 3 Abs. 4 UStG; Abschn. 27 UStR

- 1 Werklieferung / Werkleistung
- 2 Ort/Zeitpunkt der Werklieferung/Werkleistung (Abschn. 30 Abs. 4 UStR)
- 3 Lohnveredelung - § 7 UStG
- 4 Stoffaustausch (Abschn. 27 Abs. 3 UStR)

V unentgeltliche Wertabgaben (§§ 3 Abs. 1b und 3 Abs. 9a UStG)

- 1 Entnahme eines Gegenstandes (§ 3 Abs. 1b Nr. 1 UStG)
- 2 Unentgeltliche Zuwendung eines Gegenstandes an das Personal (§ 3 Abs. 1b Nr. 2 UStG)
- 3 Andere unentgeltliche Zuwendungen für Unternehmenszwecke (§ 3 Abs. 1b Nr. 3 UStG)
- 4 Verwendung eines Unternehmensgegenstandes außerhalb des Unternehmens (§ 3 Abs. 9a Nr. 1 UStG)
- 5 Unentgeltliche Erbringung anderer Lieferungen (§ 3 Abs. 9a Nr. 2 UStG)
- 6 Ort der unentgeltlichen Lieferungen und sonst. Leistungen (§ 3f UStG)
- 7 Leistungen an Arbeitnehmer

VI Grenzüberschreitender Warenverkehr außerhalb der EU

- 1 Einfuhren, § 3 Abs. 8 UStG
- 2 Lieferkonditionen
- 4 Abfertigung zum freien Verkehr
- 5 Ausfuhren, § 6 UStG
- 4 Lohnveredelungen

VII Grenzüberschreitender Verkehr innerhalb der EU

- 1 Inhalt und Zielsetzung des Binnenmarktgesetzes
- 2 Inngemeinschaftlicher Erwerb, § 1a UStG
- 3 Inngemeinschaftliche Lieferung, § 6 a UStG, § 3c UStG
- 4 Inngemeinschaftliche Dreiecksgeschäfte, § 25b UStG
- 5 Auswirkungen der Übergangsregelungen auf besondere Besteuerungsformen
- 6 Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
- 7 Zusammenfassende Meldungen

VIII Steuerbefreiungen - § 4 Nr. 1 - 28 UStG

- 1 Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 8 a bis k UStG; Abschn. 57 - 70 UStR
- 6 Steuerbefreiung i.S.d. § 4 Nr. 9, 9a und 9b UStG
- 7 Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 12 UStG (Abschn. 76 – 86 UStR)
- 4 Verzicht auf die Steuerbefreiungen - § 9 UStG
- 5 Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 28 UStG
- 6 Heilberufliche Leistungen nach § 4 Nr. 14 und 16 UStG

IX Bemessungsgrundlage

- 1 Einzelfälle zur Entgeltsermittlung
- 2 Tausch, tauschähnlicher Umsatz, § 3 Abs. 12 UStG
- 3 Einzelbetrachtungen
- 4 Besonderheiten

X.1 Vorsteuerabzug - § 15 UStG

- 1 Voraussetzungen
- 1.1 Abziehbarkeit normaler Umsatzsteuer als Vorsteuer nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 UStG
- 2 Rechnungen und Gutschriften
- 2.1 Rechnungen über €150,00 brutto - erforderlicher Inhalt einer Rechnung
- 2.2 Vereinfachte Rechnungen
- 2.3 Gutschriften - § 14 Abs. 5 UStG
- 2.4 auf elektronischen Weg übermittelte Rechnungen
- 2.5 unrichtiger oder unberechtigter Steuerausweis in einer Rechnung
- 2.6 Besonderheiten bei Rechnungen und Vorsteuerabzug
- 3 Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs
- 4 Abziehbarkeit der Einfuhrumsatzsteuer als Vorsteuer - § 15 Abs. 1 Nr. 2 UStG
- 5 Vorsteuerabzug der Umsatzsteuer für den innergemeinschaftlichen Erwerb
- 6 nicht abziehbare Vorsteuerbeträge (§ 15 Nr. 1a UStG)
- 7 Vorsteuerabzug (§ 15 Abs 2 UStG; Abschn. 203 – 206 UStR)
- 8 Vorsteueraufteilung - § 15 Abs. 4 UStG; Abschn. 207 – 210 UStR
- 9 Besonderheiten beim Vorsteuerabzug

X.2 Vorsteuerberichtigung nach § 15a UStG

- 1 Voraussetzung für eine Berichtigung nach § 15a UStG
- 2 Prüfungsschema § 15a UStG
- 3 Berichtigungsverfahren
- 4 Wechselfälle
- 5 Nichtsteuerbarkeit der Geschäftsveräußerung

XI Besonderheiten

- 1 Entstehung der Steuer nach § 13 UStG (Abschn. 177 - 182 UStR), §13b UStG
- 2 Gesellschaften
- 3 Mittelspersonen, Zwischenhändler
- 4 Reiseleistungen - § 25 UStG (Abschn. 272 - 276 UStR)
- 5 Differenzbesteuerung - § 25a UStG (Abschn. 276a UStR)
- 6 Steuerschuldnerschaft - § 13b UStG
- 7 Vergütungsverfahren, § 18 Abs. 9 UStG
- 8 Besteuerung der Kleinunternehmer - § 19 Abs. 1 UStG
- 9 Transportleistungen
- 10 Übung Reihengeschäfte

XII Übungsklausuren, Klausurtechnik bei der Umsatzsteuer

Lehrstoffplan Umwandlungsrecht

- I Übersicht über das Umwandlungsgesetz
- II Begriff und Anlass einer Umwandlung
- III Formwechsel, Verschmelzung, Spaltung; Auf- und Abspaltung, Ausgliederungs- und Vermögensübertragung
- IV Rechtliche Besonderheit des Umwandlungsvorganges
- V Schutz der durch Interessen der Mitarbeiter, der Gläubiger und der widersprechenden Gesellschafter
- VI Verfahrensablauf

Lehrstoffplan Umwandlungssteuerrecht

I Übersicht über das Umwandlungssteuergesetz (UmwStG)

Vier „Blöcke“ des UmwStG
(Einzelunternehmen oder Personengesellschaft auf GmbH,
Einzelunternehmen oder Personengesellschaft auf andere PersG,
GmbH auf Einzelunternehmen oder PersG,
GmbH auf andere GmbH)
Rückwirkung von Umwandlungen
Hinweis auf Umsatz- und Grunderwerbsteuer

II **Der Weg in die GmbH**

Gegenseitiger Ausschluss von Betriebsaufspaltung und Umwandlung
Zwei Verfahrenswege
Steuerliche Folgen

III **Vom Einzelunternehmen (PersG) in eine andere PersG**

Abgrenzung, Veräußerung und Einbringung
Steuerliche Voraussetzungen und Folgen

VI **Die Umwandlung der Kapital- auf eine PersG (Einzelunternehmen)**

Übertragungsgewinn
Übernahmegewinn
Einlagefiktion

V **Die Verschmelzung einer GmbH auf eine andere GmbH**

Übertragungsgewinn
Übernahmegewinn
Verschmelzung bei Mutter-Tochter-Verhältnis
Verschmelzung bei Aufnahme an der aufnehmenden GmbH nicht beteiligter Gesellschafter
Anpassung des verwendbaren Eigenkapitals
Zuzahlungen, Barabfindungen
Verlustabzug nach Verschmelzung

VI **Auf- und Abspaltung einer GmbH auf eine andere GmbH**

Verfahren, Missbrauchsbestimmungen, anteiliger Übergang eines Verlustabzuges

VII **Auf- und Abspaltung einer GmbH auf eine PersG**

VIII **Realteilung, Auf- und Abspaltungen von PersG**

Anmeldung

Oldenburger Steuerrechts Institut
Haseler Weg 36

26125 OLDENBURG

Anmeldung zum Vorbereitungslehrgang

Hiermit melde ich mich verbindlich zum Vorbereitungslehrgang auf die Steuerberaterprüfung in Oldenburg von September 2011 bis September 2012 an.

Teilnehmer: Name, Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

Telefon (privat):

Telefon (beruflich):

Arbeitgeber:

Ich beantrage, die anfallende Lehrgangsgebühr in Höhe von € 5.200,00 in vier gleichen Ratenzahlungen zu je € 1.300,00 im September 2011, Dezember 2011, März 2012 und Juni 2012 von meinem Konto einzuziehen.
Mit meiner Unterschrift erteile ich Ihnen eine Einzugsermächtigung für nachstehende Kontoverbindung.

Kontonummer:

Kreditinstitut:

BLZ:

Stornierungen müssen bis spätestens vier Wochen vor Beginn der Veranstaltung vorgenommen werden. Bei späteren Absagen vor Lehrgangsbeginn werden 30% der Lehrgangsgebühr in Rechnung gestellt, nach Lehrgangsbeginn wird die volle Gebühr berechnet; es sei denn, es wird ein Ersatzteilnehmer benannt.

Die Gebühren enthalten ausführliche Arbeitsunterlagen. Auf Wunsch wird eine Teilnahmebescheinigung erteilt. Für nicht wahrgenommene Lehrgänge können Arbeitsunterlagen angefordert werden. Die Teilnahmebedingungen auf Seite 10 dieser Lehrgangsbroschüre habe ich zur Kenntnis genommen und erkenne sie hiermit an.

....., den.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift)

bitte faxen an: 0441 / 33115

Sollten Sie kein Faxgerät zur Verfügung haben, können Sie dieses Formular auch in einem frankierten Fensterbriefumschlag an uns schicken.
Sie können uns auch über das Internet erreichen: <http://www.osi-ol.de>

IHR WEG ZU UNS:

Veranstaltungs- und Schulungsort sind in den Seminarräumen der Weser-Ems-Halle Oldenburg



Der Verband ist ...

- ... mein Scout in die Zukunft**
- ... mein ständiger Wissenstrainer**
- ... mein auswärtiger Sozius**
- ... mein Anwalt in der Öffentlichkeit**
- ... meine berufliche Heimat**

**Deshalb bin ich
Mitglied im**



**Steuerberaterverband
Niedersachsen Sachsen-Anhalt e.V.**

meinem Beruf zuliebe!